

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Postcheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einspaltige Zeile berechnet. Die Reklamenzeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgebene oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 265

Sonnabend, den 11. November 1933

40. Jahrgang

Deutscher, tue deine Pflicht!

„Unmöglich! Unmöglich!“

C. Jetzt geht so vieles auf einmal, was früher als „unmöglich“ bezeichnet wurde! „Unmöglich“, das war früher überhaupt ein beliebtes Wort, und der falsch verstandene Bismarck mußte mit seinem bekannten „Politik ist die Kunst des Möglichen“ dazu herhalten, um für das sich immer wiederholende „Unmöglich“ als eine Art Entschuldigung zu dienen. Spielten sich doch die Männer, die dieses „Unmöglich“ dem hungernden und hoffenden deutschen Volk als Nahrung boten, selbst für hervorragende „politische Künstler“, deren Leistung aber eben nur darin bestand, dem Volke den Stein des „Unmöglichen“ als Brot zu geben. Nein Wunder, daß man sich daran die Zähne ausbiß!

Jetzt geht's auf einmal! Jetzt hat man die hunderttausende Heranwachsender, die beschäftigungslos auf der Straße herumstehen und zuchtlos Monate und Jahre hindurch dem lieben Gott die Zeit stahlen, die allen Einflüsterungen staatszerstörender oder volksfremder Elemente allzu leicht zugänglich waren, in Arbeit und Zuversicht genommen, — in Zucht nicht nur gegen die Nation, sondern gegen sich selbst! Früher „ging's nicht“, früher war das „unmöglich“. Früher „verhandelte“ man und verbrachte eine unendliche Zeit damit, um die Frage der „Finanzierung“ auf dem Verhandlungsweg erst hin- und herzurollen und sie dann unter den Tisch fallen zu lassen.

Jetzt geht's auf einmal, daß der bedenkstündige deutsche Handwerker, daß die Gewerbetreibenden nicht mehr durch die Schwarzarbeit Verluste erleiden, die in die Hunderte von Millionen gehen. „Unmöglich! Unmöglich!“ war früher die Antwort der regierenden politischen „Künstler“, wenn Handwert und Gewerbe immer von neuem Sturm liefen gegen die wirtschaftlichen Schädigungen schwerster Art, die ihm durch die Schwarzarbeit erwuchsen. „Unmöglich! Unmöglich!“ war die achselzuckende Entgegnung, denn die „Gewerkschaften“ waren durchaus nicht dafür zu haben, auch ihrerseits etwas gegen die Schwarzarbeit zu tun. Ganz im Gegenteil! Sie hatten gar nichts dagegen, daß das Handwerk und das Gewerbe einen hoffnungslosen Kampf führen mußte. Denn die Proletarisierung des Mittelstandes war ja eines der Ziele des Sozialismus.

Jetzt geht's auf einmal, daß diesem Mittelstand auch durch Arbeit geholfen werden konnte und nicht bloß die „Großen“ diese Quelle ausschöpfen dürfen! Auch das „Unmöglich! Unmöglich!“ ist verstummt, das immer wieder ausgesprochen wurde, wenn man darauf hinwies: Ihr da oben könnt ja Arbeit in größtem Umfang schaffen, wenn ihr der Lohnwirtschaft wieder auf die Beine helft dadurch, daß ihr wenigstens die Finanzgriffnahme von Reparaturarbeiten an den Häusern ermöglicht! — Früher „ging's nicht“, da war's „unmöglich“. Jetzt geht's und geschieht's und brachte vielen Tausenden von Bauarbeitern Lohn und Brot! Jetzt!

Darum soll man am 12. November an jenes frühere „Unmöglich! Unmöglich!“ denken, noch mehr aber an das andere, stolze „Jetzt geht's!“
Vorwärts nämlich!

Gibt es Deutsche zweiter Klasse?

Rudolf Heß zur Reichstagswahl.

Die NSD. hat den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, sich zu einer im Lande verbreiteten Meinung zu äußern, die etwa in dem Satz zusammengefaßt werden könnte: So selbstverständlich es für jeden Deutschen sei, gleich welcher politischen Richtung er angehöre, das „Ja“ für die Politik der Ehre und Gleichberechtigung abzugeben, so schwer müsse es doch andererseits für einen Nichtparteilichen sein, für die Kandidaten einer Partei zu stimmen, die den Beitritt gesperrt habe und Nichtmitgliedern als Deutsche zweiter Klasse betrachte. Rudolf Heß nahm hierzu wie folgt Stellung:

Es ist nicht wahr, daß die Deutschen, die nicht als Mitglieder der NSD. angehören, als zweiklassige Deutsche zu betrachten sind.
Dies würde vollkommen dem nationalsozialistischen Grundsatz widersprechen, daß der Wert eines Menschen für sein Volk nur zu beurteilen ist nach dessen Leistung für sein Volk. Denn die Leistung für die Gesamtheit ist nicht verknüpft mit dem Mitgliedsbuch der NSD. Allerdings muß ich hier auch eines betonen: Gerade auf Grund des Leistungsprinzips gibt es eine Kategorie von Nationalsozialisten, die besonders zu bewerten ist: die Kategorie der alten Kämpfer. Denn ihnen, ihrer Treue für Adolf Hitler und zu ihrem Volk, ihren Opfern an Blut und Gut, ihrer jederzeitigen Opferbereitschaft und ihrem aläubigen Durchhalten allein ist es zu

verdanken, wenn Adolf Hitler ein neues Deutschland schaffen konnte. Sie bedeuten in der Würdigung des inneren Kampfes, was die Frontkämpfer in der Würdigung des äußeren Kampfes nach außen bedeuten. Das Volk wird nicht zweiklassig, sondern ehrt sich selbst, das seine Kämpfer aus schwerer Zeit ehrt. Die anderen, die später sich als Mitglieder anmeldeten, als nur noch Vorteile damit verbunden waren, sie können nicht verlangen, mit den alten Kämpfern gleichgestellt und über ihre Volksgenossen herausgehoben zu werden. Mancher, der nach der Machtergreifung der NSD. nicht beitrug, weil er sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, der Konjunktur zu folgen, gehört nicht zu den Schlechten. Und doch bin ich weit davon entfernt, etwa alle, die der Charakterlosigkeit und Konjunkturbascherei zu zeihen, die nach dem 30. Januar 1933 zur NSD. gingen.

Nein, man kann nicht die Menschen in ihrem Werte scheiden auf Grund eines von ihnen getragenen Abzeichens oder einer durch sie geleisteten Unterschrift, und die Mitgliederperre bedeutet also keineswegs eine Zurücksetzung oder Ablehnung der Volksgenossen, die nicht der NSD. angehören. Was bedeuten da und dort vielleicht auftretende Schönheitsfehler als Ergebnis menschlicher Unzulänglichkeit gegenüber dem, was diese Bewegung für Deutschland schuf. Der Führer, der bewiesen hat, daß er führen kann, fordert des deutschen Volkes Stimme für seine Partei. Man gebe sie ihm.

Der Bauer steht zu Adolf Hitler!

Parole zum 12. November.

NSK. Das deutsche Bauerntum ist durch Adolf Hitler wieder auf seine Grundlage, auf sein Wesen zurückgeführt worden. Es wurde wiedererkannt, wie der Führer sagte, als der „ewige Quell seit Jahrtausenden“, als die Kraft unseres Volkstums. Ein Volk muß in der Erde verwurzelt sein, damit stets neue, gesunde Kräfte in den Volkströmer einströmen, damit sein Blut frisch, seine Lebenskraft jung bleibt. Das ist der tiefe Zusammenhang von Blut und Boden, von Mensch und Erde, den der Nationalsozialismus erkannt hat.

Vertrauen gegen Vertrauen!

Worauf es am 12. November ankommt.

Zum letztenmal hat sich der Führer vor der Wahl, vor der Volksabstimmung an uns alle gewandt, hat mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis für Deutschlands Ehre und Freiheit sich in einer denkwürdigen Stunde damit erneut zu seiner geschichtlichen Mission bekannt. Wer war unter uns, der sich nicht gelobte, dem Führer am Abstimmungstage Gleiches mit Gleichem, Treue mit Treue zu vergelten?!

Die Regierung Hitler trat auf Grund der auf vier Jahre ausgestellten uneingeschränkten Ermächtigung jedes Recht gehabt, ihre Entscheidungen allein zu vertreten, wie sie sie allein fällt. Mit jener vom Reichstag im März erteilten Vollmacht in der Hand war die Reichsregierung vor aller Welt für jeden außen- wie innenpolitischen Schritt legitimiert. Und trotzdem ruft uns der Führer wieder zu Wahl und Abstimmung? Ja — kann er uns einen größeren Beweis seines Vertrauens geben als dadurch, daß er jedem einzelnen von uns ausdrücklich die Freiheit gewährt, bei der bedeutungsvollen außenpolitischen Entscheidung Deutschlands in der ganzen Nachkriegszeit mitzuwirken?

Wenn je ein Regierungschef einer Volksabstimmung mit völliger Gewißheit ihres Ergebnisses entgegensehen konnte, dann darf es Adolf Hitler im Angesicht des 12. November tun. Die Mächte draußen haben nach Bekanntwerden der Neuwahlen versucht, diese Berufung des deutschen Volkes zur Entscheidung auf die leichte Achsel zu nehmen — inzwischen hat die außenpolitische Debatte in der Französischen Kammer und die Rede Macdonalds gezeigt, mit welcher Unruhe und welchem schlechten Gewissen die vertragbrüchigen Versailler Diktatmächte der öffentlichen Befundung des deutschen Willens zur Einheit, Ehre, Freiheit und Recht gegenübersehen.

Diese Diktatmächte sollen in ihren Befürchtungen am 12. November so wenig enttäuscht werden wie unser Kanzler in seiner Zuversicht — denn wir stimmen alle mit

Ja!

Unterstützt das Winterhilfswerk der Hitler-Jugend.
Jeder Nagel zum Ehrenschild der HJ. 5 Pf.

Ein gesundes Bauerntum ist die Voraussetzung für eine gesunde Nation. Nationalsozialistische Bauernpolitik wird in ihrem Wesen nicht durch die Frage nach der Rentabilität der Landwirtschaft, wie es im liberalen System der Fall war, bestimmt. Ihr Ziel ist nicht durch unvollkommene Hilfsaktionen, durch irgendwelche Teilpläne und Bruchstücke zu erreichen.

Für den Nationalsozialismus ist das Bauerntum, in seiner Verbundenheit mit der Natur, die Grundlage des Volkes überhaupt. Von dieser Erkenntnis hat die nationalsozialistische Bauernpolitik, hat der Prozeß zur wirtschaftlichen Gesundung des Bauerntums seinen Ausgang genommen.

Aus dem Landvolf fließt ein Strom frischen Blutes in die Stadt, der immer wieder eine Erneuerung ihres Menschentums herbeiführt. Dieser Blutstrom gestaltet die Kultur, das Leben unseres Volkes, trägt die Kräfte der Erde, des Mutterbodens in sie hinein.

Adolf Hitler baut einen Staat der Volksgemeinschaft, die auf den Kräften des deutschen Bauerntums ruht. Er fügt eine Einheit, die der Liberalismus zu zerstören drohte, wieder zusammen. Er baut seine Politik auf den Kräften, die im Volke ruhen, auf.

Der 12. November wird die Gefolgschaftstreue gerade des deutschen Bauern erneut unter Beweis stellen. Die Parole des deutschen Landvolks lautet: Bekennt euch zu Adolf Hitler. Gebt ihm euer begeistertes Ja! Wählt am 12. November die Männer seines Vertrauens, die Garanten seiner Politik!

Dein „Ja“.

Bei der Wahl müssen beide Stimmzettel angekreuzt werden. Es genügt also nicht, nur den grünen Stimmzettel im „Ja“-Kreis anzukreuzen. Wer richtig wählen wählen will, kreuzt den Stimmzettel zur Volksgemeinschaft im „Ja“-Kreis an und auch den Stimmzettel für die Reichstagswahl!

Der Reichspräsident spricht!

Über alle deutschen Sender.

Am Sonnabendabend zwischen 19.00 und 19.10 Uhr spricht Reichspräsident von Hindenburg über alle deutschen Sender zum deutschen Volk. Er richtet einen letzten Appell an die Nation zur Wahl am 12. November.

25 Millionen für Arbeitsbeschaffung.

Bei der Deutschen Reichsbahn.

Die Reichsbahn hat im Dienste der Arbeitsbeschaffung für die kommenden Wintermonate zu einem Mittel in Höhe von 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt für Arbeiten, die sofort in Auftrag gegeben werden. Der größte Teil dieser Aufträge kommt den mittleren und kleineren Handwerksbetrieben zugute, da es sich vorwiegend um Instandsetzungen und Herrichtung von Bahnhofsgebäuden, Wohnhäusern und Werkstättenbauten handelt. Gerade in den saisonmäßig ungünstigen Wintermonaten sollen diese Mittelstandsbetriebe Beschäftigung behalten. Um eine Gewähr zu haben, daß dieses Ziel erreicht wird, sollen die neuen Aufträge bis spätestens 31. März 1934 erledigt sein.

Vorstand und Kreditausschuß der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (DGA) haben weitere Darlehen im Betrage von rund 24 Millionen Mark bewilligt.

Insgesamt hat die DGA nunmehr Kreditzusagen über 400 Millionen Mark

gegeben, d. h. daß rund vier Fünftel der Mittel, die ihr im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms vom 1. Juni zur Verfügung stehen, den Trägern der Arbeiten zugeteilt sind. Auch über den Rest wird schon in wenigen Wochen verfügt sein. In der verhältnismäßig kurzen Zeit, die seit der Einleitung der Aktion verstrichen ist, war dieses erfreuliche Ergebnis nur durch die hingebungsvolle Arbeit aller beteiligten Stellen, insbesondere der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten selbst, deren Apparat sich den großen Ansprüchen voll gewachsen zeigte, zu erzielen.

Standrecht in Österreich.

In Österreich wurde für Mord, öffentliche Brandlegung und Gewalttätigkeit für das ganze Bundesgebiet das Standrecht verhängt. Diese Verbrechen können mit dem Tode bestraft werden.